PRESSEINFORMATION

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
mail: jung-rodgau@t-online.de

Kooperation sucht Buhmann für Müllpreis-Erhöhung

CDU: Kooperation will von eigener Verantwortung ablenken

In ungewöhnlich scharfer Form hat die CDU in Rodgau jetzt die Forderungen der Kooperation nach Abwahl der Ersten Stadträtin Hildegard Ripper zurückgewiesen. „Die Angriffe auf Hildegard Ripper entbehren jeder Grundlage. Die Kooperation war zu jedem Zeitpunkt informiert und hat alle Beschlüsse gefasst. SPD, Grüne, FDP und FWG haben in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit.
Bereits bei der Beratung der neuen Abfallsatzung hat die CDU-Fraktion eindringlich darauf hingewiesen, dass gerade wegen der Einspareffekte des neuen Abfallsystems mit Gebührensteigerungen zu rechnen sein wird. Die Kooperation will offensichtlich die positiven Effekte auf ihre Fahnen schreiben, sucht nun aber für die negative Gebührenentwicklung einen Buhmann.
Rund 9.300 Tonnen Sperr-, Bio- und Hausmüll haben die Rodgauer im Jahre 2009 entsorgt. Davon entfielen über 40 Prozent auf Sperr- und Biomüll Dafür werden keine gesonderten Gebühren erhoben, diese Kosten werden quasi „als Anreiz“ mit den Kosten für den normalen Hausmüll verrechnet.
Sämtliche rechtlichen und rechnerischen Grundlagen des neuen Abfallwirtschaftsystems sind von externen Fachberatern erstellt worden, weil jede Verwaltung damit verständlicherweise überfordert wäre. Die Erste Stadträtin hat mit ihrer Verwaltung diese Basiszahlen nach bestem Wissen überprüft. Alle Zahlen sind dann Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorgelegt worden und flossen in deren Beratungen ein. Niemand hat seinerzeit die Basiszahlen angezweifelt. Wer am Ende die neue Abfallsatzung beschlossen hat, hat damit logischerweise auch die zugrunde liegenden Zahlen beschlossen. Davon will man heute nichts mehr wissen.
Die CDU-Fraktion hat in der Beratung deutlich darauf hingewiesen, dass es sich u.a. bei den Berechnungen zum Verhalten der Verbraucher (Häufigkeit der Leerungen) um Prognosen handelt, die bei Verschiebungen Auswirkungen auf die Kosten haben. Auswirkungen auf die Kosten hat natürlich auch der Verfall der Rohstoffpreise, wie etwa beim Papier, die wegen der Wirtschaftskrise entstanden sind und nicht vorhersehbar waren.
Im Nachhinein muss sogar festgestellt werden, dass mit dem Vorschlag der Ersten Stadträtin, als kleinste Tonne das 80-Liter-Gefäß einzuführen, das Risiko eines Fehlbetrages von Anfang an kleiner gewesen wäre.
Dieser, in der Tat vom Willen der Stadtverordnetenversammlung abweichende Vorschlag, musste anschließend - in Verbindung mit tatsächlichen Fehlern bei der Umstellung, die aber nicht nur die Verwaltung, sondern in großen Teilen das beauftragte Unternehmen zu verantworten hat - zu einer beispiellosen Kampagne gegen die Erste Stadträtin herhalten.
Bei dieser Mobbing-Kampagne ging und geht es ausschließlich um die Machtverteilung im Magistrat. Noch 2006 haben Grüne, SPD und FWG großspurig einen Verzicht auf die Position des hauptamtlichen zweiten Stadtrates beschlossen und mit Kostenersparnis begründet. Jetzt in der größten Finanzkrise, die Deutschland und die Stadt Rodgau je erlebt haben, sollen diese Kosten plötzlich keine Rolle mehr spielen.
Grüne, FWG und SPD begehen Wortbruch gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern und wollen mit ihrer Kampagne davon ablenken. Alle fürchten das Damoklesschwert eines Bürgerbegehrens, das sie damals unter allerdings umgekehrten Vorzeichen bereits gefordert hatten. Da wollten sie durchsetzen, dass neben dem Bürgermeister nur noch die Stelle des Ersten Stadtrats besetzt werde. Jetzt vollziehen sie mit ihrem Antrag auf Änderung der Hauptsatzung eine klassische Rolle rückwärts.“

3. Februar 2010